

Vorlage
zu den Sitzungen der nachfolgenden Gremien:

Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung	04.02.2020	TOP 7
Kreisausschuss	13.02.2020	TOP 12
Kreistag	19.03.2020	TOP 14
Kreistag	28.05.2020	TOP

Landesentwicklungsplan NRW (LEP)

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.12.2019

Mit Schreiben vom 10.12.2019 (**Anlage**) beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nachfolgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

Der Kreistag Kleve beschließt, Klage gegen die am 12.07.2017 durch die Landesregierung NRW verordnete Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan NRW (GV. NRW. 2019, S. 442) zu erheben, soweit die dortigen Festlegungen 9.2-2 und 9.2-3 betroffen sind. Erforderlichenfalls ist auch ein einstweiliges Rechtsschutzverfahren durchzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Durchführung der gerichtlichen Verfahren notwendigen Schritte zu veranlassen.

Aus der Antragsbegründung lässt sich des Weiteren entnehmen, dass sich der Kreis Kleve der Klage des Kreises Wesel und der Städte aus dem Kreis Wesel anschließen soll.

Die Änderungen des LEP bedeuten für den zukünftigen Regionalplan Ruhr, dass zu den Zielen 9.2-2 Versorgungszeiträume und 9.2-3 Fortschreibung zusätzliche Abgrabungsflächen dargestellt werden müssen. Der von den Änderungen direkt betroffene Kreis Wesel hat im Zusammenwirken mit den Städten Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg sowie der Gemeinde Alpen ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass von einer Fehlerhaftigkeit der Festlegungen des LEP auszugehen ist. Der Kreis Wesel, die Städte Kamp-Lintfort und Rheinberg sowie die Gemeinde Alpen haben auf dieser Grundlage Klage erhoben.

Der Regionalrat Düsseldorf hat sich bei seiner Klausurtagung am 19. und 20.09.2019 mit der Vereinbarkeit des Rohstoffkonzepts des Regionalplans Düsseldorf (RPD) mit den Änderungen des LEP NRW auseinandergesetzt. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass sich aktuell kein Änderungsbedarf für den RPD ergibt.

Der Kreis Kleve ist von den Änderungen des LEP somit nicht unmittelbar betroffen. Zudem wird das OVG Münster aufgrund der Klage des Kreises Wesel im Rahmen des Normenkontrollverfahrens ein abschließendes Urteil fällen, welches für alle betroffenen Kommunen ver-

bindlich ist. Damit wird auch ohne Beteiligung weiterer Kreise oder Kommunen rechtlich Klarheit geschaffen.

Der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung hat den Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 04.02.2020 einvernehmlich passieren lassen.

Abstimmungsergebnis Kreisausschuss: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

Die Sitzung des Kreistages am 19.03.2020 wurde aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird abgelehnt.

Kleve, 27.04.2020

Kreis Kleve
Der Landrat
6.3 - 61 1 12 02

Spreen

Anlage

Antrag vom 10.12.2019